



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-291
E-Mail: info@kommunen.nrw
Internet: www.kommunen.nrw

Aktenzeichen: G.8.2-008 gr

Ansprechpartner:
Beigeordneter Rudolf Graaff
Durchwahl: 0211 • 4587-239

Vorbericht
98. Sitzung des Ausschusses
für Städtebau, Bauwesen und
Landesplanung
am 07.03.2019 in Bergisch Gladbach

Zu Punkt 13 der TO:
Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“
Sachstandsbericht

13.1 Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Städtebau, Bauwesen und Landesplanung begrüßt die Forderungen, die im Bereich der Facharbeitsgruppe 3 „Raumordnung und Statistik“ von Seiten der Geschäftsstelle in die Arbeit der Bundeskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingebracht werden sollen.

13.2 Begründung:

Die Bundesregierung hat am 26.09.2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingerichtet, die unter dem Vorsitz des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, sowie dem Co-Vorsitz der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Juliane Klöckner, und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Franziska Giffey, am 26.09.2018 ihre Arbeit aufgenommen hat. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund ist durch seinen Präsidenten, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, in der Kommission vertreten.

Ziel der Bundesregierung ist es, für eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen – unabhängig von ihrem Wohnort – zu sorgen. Dabei sollen sowohl die strukturschwächeren, ländlichen Regionen mit ihren spezifischen Themen im Fokus stehen, wie auch die besonderen Herausforderungen in den Ballungsräumen. Die Kommission hat den Auftrag, auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses gleichwertiger Lebensverhältnisse Handlungsempfehlungen mit Blick auf die unterschiedliche regionale Entwicklung und den demografischen Wandel in Deutschland zu erarbeiten. Sie soll Vorschläge erarbeiten, wie die Situation in den Regionen Deutschlands – von Ost nach West und von Nord nach Süd – verbessert werden kann. Damit sollen effektive sichtbare Schritte hin zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreicht werden, die dazu beitragen, den Wegzug aus ländlichen Regionen und den Druck durch Zuzug in die Ballungsräume zu dämpfen.

Die Arbeit der Kommission gliedert sich in 6 Facharbeitsgruppen (**Anlage 1**), die sich mit folgenden Themen beschäftigen:

- AG 1 „Kommunale Altschulden“

- AG 2 „Wirtschaft und Innovation“
- AG 3 „Raumordnung und Statistik“
- AG 4 „Technische Infrastruktur“
- AG 5 „Soziale Daseinsvorsorge“
- AG 6 „Teilhabe und Zusammenhalt in der Gesellschaft“

Die Kommission soll bis zum Herbst 2020 konkrete Vorschläge zur Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse erarbeiten. Die Arbeit in den Facharbeitsgruppen soll bis Mitte 2019 beendet sein.

Um die Positionen aller Landesverbände des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zu koordinieren, fand am 21.02.2019 auf Vorschlag von Hauptgeschäftsführer Dr. Bernd Schneider eine Sondersitzung der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Mitgliedsverbände des DStGB statt. Zur Vorbereitung der Arbeitssitzung in Stuttgart haben die Dezernate des StGB NRW Positionspapiere für die ihnen zugeordneten Arbeitsgruppen verfasst. Diese sind in einem Gesamt-Diskussionspapier eingearbeitet worden, das auf der Präsidiumssitzung des StGB NRW am 20.03.2019 beraten werden soll.

Die AG 3 „Raumordnung und Statistik“ betrifft die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau, Bauwesen und Landesplanung. Die Forderungen, die die Geschäftsstelle für die AG 3 erarbeitet hat, sind dem Vorbericht als **Anlage 2** beigelegt.

Der Ausschuss wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.